

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Richard Ritsch, Magdeburg. — Verantwortlich für den Druck: Hugo Fabian, Magdeburg. — Verlag von Hermann Garbaum, Magdeburg. — Druck von Franz Schmidt, Magdeburg. — Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. — Redaktion: Gr. Willingstraße 2, Fernsprecher 961. — Preisnumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Frangierlohn) 2 Mt. 25 Pf., monatlich 80 Pf. — Per Annahmestelle in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mt., 2 Exempl. 2.90 Mt. In der Expedition und den Ausgabestellen Vierteljährl. 2 Mt., monatl. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 zzgl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und Illustrierte 10 Pf. — Inzerationsgebühr die sechsgehaltene Zeile 15 Pf. — Post-Zeitungsliste Nr. 8182

Nr. 146.

Magdeburg, Freitag den 26. Juni 1903.

14. Jahrgang.

## Zur letzten Attacke!

Die Gefahr ist groß! Die Anhänger der bürgerlichen Parteien stürmen die Wahllokale in Magdeburg, um geschlossen für den Vertreter des Geldsacks, Herrn Alrendt, zu stimmen. Soll die Schande von Euch, Genossen, geduldet werden, daß Magdeburg durch die Partei der Reichen vertreten wird? Schmach über Euch, wenn die Gegner siegen!

Noch sind tausende von Arbeitern nicht an der Wahlurne erschienen. Jetzt ist der letzte Moment gekommen, der noch benutzt werden kann. Jeder Augenblick der Verzögerung bedeutet den Sieg Eurer Feinde.

Wer um 7 Uhr im Wahllokal anwesend ist, aber noch nicht gewählt hat, ist nicht mehr wahlberechtigt. Darum Genossen, schickt jeden so schnell als möglich zur Wahl! Es ist keine Zeit zu verlieren!

Sorgt dafür, daß gewählt wird:

Stadtverordneter

Wilhelm Pfannkuch, Berlin.

### Am Entscheidungstage.

Die Hauptwahlen vom 16. Juni haben noch nicht endgültig über das Schicksal des deutschen Volkes entschieden. So sehr sich auch Freund und Feind darin einig sind, daß der Ausfall des ersten Wahlganges der Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg gebracht hat, so fallen doch die Bände erst heute, am Tage der Stichwahl. — Wenn das freisinnige Bürgertum sich heute noch einmal zur energischen Wahrung auch nur der eigenen Interessen aufrafft, dann wird der Freisinn zusammen mit Sozialdemokraten und Nationalliberalen 168 Mandate erringen; es würden also nur 30 Mandate an der absoluten Mehrheit fehlen. Wenn der Regierung daran liegt, günstige Handelsverträge zu Stande zu bringen, also solche, die wenigstens im wesentlichen nichts als eine Verlängerung der bestehenden Verträge enthalten, dann würden sich sicherlich die Nationalliberalen mit Ausnahme der extremsten Agrarier aus ihren Reihen bereit finden, die „rettende Tat“ vom Jahre 1892 zu wiederholen und wenigstens das nötige Kontingent stellen.

Gewiß wäre damit nicht mehr erreicht, als daß gerade die äußerste agrarische Gefahr abgewehrt wäre; wir könnten uns auf eine Auflösung des Reichstages unmittelbar nach Annahme der Handelsverträge gefaßt machen, aber die Volkshungerung durch den Zollwucher wäre doch wenigstens hintertrieben. Zollserhöhungen bedeuten Vermehrung der Not durch erhöhte Lebensmittelpreise und Verteuerung aller Bedarfsartikel somit Einschränkung des Verbrauchs und — da naturgemäß das Ausland dann auch mit Zollserhöhungen vorgeht — Verminderung des Exports. Die Vermehrung der Arbeitslosigkeit würde Tausende von ehrlichen Arbeitern in das Lumpenproletariat hinabstoßen.

Wenn unsere Bourgeois noch denken könnten, sie hätten mit Ausnahme des an Schutzzöllen interessierten kartellierten Teils der Großindustrie geschlossen sozialdemokratisch gestimmt. Zollserhöhung im In- und Auslande ruinieren durch Verteuerung der Rohstoffe, der Halbfabrikate und Werkzeuge auf der einen Seite, durch Verminderung des in- und ausländischen Absatzes andererseits Hunderte von Industriellen und Kaufleuten. Es ist fast unbegreiflich, daß der Mittelstand seinen „Rettern“ aus den verschiedenen bürgerlichen Parteien gläubig nachtrötet, um „die sozialdemokratische Gefahr“ abzuwehren, statt der agrarischen zu begegnen. Wenn der Kleinbauer seine Futtermittel teurer bezahlen muß, wenn der Handwerksmeister seinen Lebensunterhalt bei verringertem Warenbedarf seitens der Arbeiterklasse teurer bezahlen muß, dann wird er vielleicht zu spät einsehen, wer seine wahren, seine unveröhnlichen Feinde sind.

Zur Erklärung des Verhaltens der Bourgeoisie sei gesagt, daß denn doch nicht alle unsere Fabrikanten und Kaufleute so blöde sind, daß sie die Gefahr des Zollwuchers und den drohenden Ruin nicht vor Augen sehen. Es ist der Klasseninstinkt der Bourgeoisie, der sie erkennen läßt, daß wir trotz der vorübergehenden Interessengemeinschaft zwischen dem größten Teil des Bürgertums und des Proletariats nicht ihre Freunde sind. Das Verlangen nach höheren Löhnen, kürzerer Arbeitszeit und besserer Behandlung der Arbeiter macht uns der Bourgeoisie verhaßt; alles übrige sind ideologische Redensarten, mit welchen die Bourgeoisie ihren Mangel an Idealen vor andern und zum Teil wohl auch vor sich selbst zu verdecken sucht. Da rufen sie: Nieder mit den Feinden der Religion! — Dabei haben sie sich selbst längst mit ihrem lieben Gott abgefunden; die einen sind ungläubig und lachen innerlich über das, was sie äußerlich predigen; die andern mögen gläubig sein, aber sie

verlassen sich gleichmütig auf die Barmherzigkeit ihres Gottes, der ihnen ihre Sünden schon vergeben wird, weil das Verzeihen zu seinem Retter gehört.

Monarchie? Die Bourgeoisie würde jeden König zum Teufel jagen, wenn sie überzeugt wäre, in einer Republik würden ihre Interessen besser gewahrt. — Vaterland? Die Bourgeoisie liefert dem Auslande, je nachdem es ihr Vorteil ist, billigere Waren und selbst Waffen zum Kriegsführen, als dem eigenen Vaterlande! Sie zeichnet sogar Kriegsanleihen des Auslandes, damit dieses seine Heere gegen das Vaterland richten kann — je nachdem es ihr Vorteil bedingt.

Warum aber hat die Bourgeoisie sich nicht energisch gegen den Zolltarif gewehrt, der ihr doch von Nachteil ist? Warum konnte die nationalliberale und mußte die Zentrumsparterie über den Zollstock springen?

Die Bourgeoisie hat bei dem gleichen Stimmrecht keine Massen hinter sich. Seit das Proletariat in den Großstädten zum Klassenbewußtsein gelangt ist, gibt es in den Großstädten keine liberale Bewegung mehr. Liberalismus ist nichts anderes wie Kapitalismus, wenn wir von dem in den Köpfen dieses oder jenes Gelehrten oder Schwarmgeistes herumspukenden idealen „Liberalismus“ absehen, der keinerlei Partei hinter sich hat.

Außer der Sozialdemokratie kann nur noch der Merkantilismus und das Agrarierium Massen in Bewegung bringen; die katholische Kirche macht's mit dem Reichstuhl; die Agrarier aber haben von uns, Sozialdemokraten gelernt, wie wir uns räuspert und wie wir spucken. Die Agrarier schämen sich nicht, die Bauern gründlich „aufzuheben“. Die Minister können ihnen „sonst was“. Dadurch aber, daß die Agrarier bisher noch die Kleinbauern für die Forderungen des Bundes der Landwirte gewonnen haben, trauen sich Zentrum und Nationalliberale nicht mehr den agrarischen Forderungen ent-

gegenzutreten. Das Zentrum ist zum Teil freiwillig, die Nationalliberalen sind größtenteils unfreiwillig agrarisch, um ihre Wahlkreise nicht einzubüßen. Die Bourgeoisie hat sich eben aus Furcht vor der Sozialdemokratie, welche ihr größter Feind ist, der Kirche und den Junkern in die Arme geworfen; lieber mit Herrn v. Stöcker als mit Dr. Barth! Lieber mit den Erreaktionären als mit einem Sozialdemokraten oder selbst mit einem Vertreter des Bürgerturns, der Augenscheinbar mit der Sozialdemokratie nicht ganz von sich weiß. Die Junker wollen uns vieles nehmen, die Sozialdemokraten wollen uns schließlich alles nehmen — das war der Refrain aus der diesmaligen Wahlbewegung der Bourgeoisie. Viel Hoffnung kann auch auf Stichwahlhilfe seitens des Freisinn nicht gehegt werden.

Zur heute das Proletariat seine Schuldigkeit, so wird die Reaktion zurückgedrängt und der äußerste Rückschritt auf wirtschaftlichem und geistlichem Gebiete abgewehrt. Zieht die Arbeiterklasse ihre Reserven nicht heran, dann sehen wir freilich trüben Zeiten entgegen. —

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 25. Juni 1903.

### Jaures über die deutschen Reichstagswahlen.

ac. Die „Petite Republique“ bringt einen groß angelegten Artikel Jaures', in dem derselbe die Bedeutung der deutschen Reichstagswahlen erörtert. Er beschränkt sich nicht darauf, die Resultate der Wahl ziffernmäßig wiederzugeben, sondern sucht im zweiten Teil seines Artikels die Folgen darzustellen, die sich daraus für die deutsche Politik ergeben. Er erörtert die Frage, ob die oberste Reichsregierung der unheimlichen Suggestion der „Gamb. Nachrichten“ und anderer Blätter folgen und am dem Wahlrecht rütteln werde; er hält das für ausgeschlossen. Einen Staatsstreik gegen die rote Reichshauptstadt werde man nicht wagen. Er verweist auf das Beispiel Sachsens, wo der Wahlrechtsraub fast die gesamte Bevölkerung in das Lager der Sozialdemokratie getrieben habe. Die Unterdrückung des allgemeinen Wahlrechts für den Reichstag würde zwischen der Regierung und dem Volke einen unlöslichen Gegensatz aufrichten. Die sozialdemokratische Partei aus dem Reichstag ausschließen, hieße den Despotismus der Junker aufrichten, die in der industriellen Entwicklung Deutschlands eine Verminderung ihrer politischen und sozialen Macht erblicken. Jaures stellt die Frage, wohin würde diese agrarische Tyrannei, die schon heute schwer auf Deutschland lastet, führen, wenn das Proletariat, zurückgedrängt von dem öffentlichen Leben, nicht mehr das Gegengewicht bilde gegenüber dem despotischen, unmaßvollen Junkertum? „Für das ganze nationale Leben Deutschlands, für seine ökonomische und industrielle Entwicklung ist der Sozialismus eine Notwendigkeit, ein Lebens-element geworden.“

Das Gesetz betr. die Sicherung des Wahlgeheimnisses, welches der Reichstagskanzler v. Bülow kurz vor Schluss des Reichstages vorlegte und zur Annahme brachte, sei — so meint Jaures — in der Voraussetzung und mit der Absicht von diesem gegeben, um die Agrarier zu schwächen oder wenigstens, um deren Erfolge in gewissen Grenzen zu halten, ihnen auf jeden Fall wissen zu lassen, daß es selbst in den düstersten Gebieten, Proletariat gibt, mit denen gerechnet werden muß. Deswegen sei auch von der Regierung keine Wahlparole gegeben worden. Bülow habe ohne Zweifel begriffen, daß der Sozialismus eine Macht darstelle, mit der zu rechnen ist und daraus erklärte sich seine Verlegenheit und das Widerprüchliche der Politik der deutschen Reichsregierung. Der Graf Bülow sei sich wohl klar, daß ein erdrückender Sieg des Agrarierturns jede moderne Regierung und jede große ökonomische Aktion unmöglich machen würde.

Jaures ist denn voller Optimismus, die deutsche Politik habe mit dem Sozialismus als mit einer gegebenen, nicht mehr wegzuleugnenden Macht zu rechnen. Mit der Erweiterung ihrer Macht werde die deutsche Sozialdemokratie auch die Verantwortung für die vaterländische Politik mit zu tragen wissen. „Der Genosse Lauer sagte auf dem Internationalen Kongress in Paris: „Goffen wir, daß wir an dem Tage, wo wir groß sind, Männer unter uns haben.“ Nun, wie man sieht, es gibt Männer in der deutschen Sozialdemokratie.“ —

### Vom Polizeikampf gegen die Gewerkschaften.

w. Eine in mehrfacher Beziehung wichtige Entscheidung hat der Strafsenat des preussischen Kammergerichts in seiner letzten Sitzung gefällt. Gegen die §§ 1, 2, 12 und 13 des preussischen Vereinsgesetzes sollten die „Vorsteher“ des Vereins „Gewerkschaftskartell für Kattowitz“ dadurch verurteilt haben, daß sie Mitgliederverzeichnis und Statuten des Vereins der Polizei nicht einreichten und daß sie eine „Versammlung“, in der öffentliche Angelegenheiten hätten erörtert werden sollen, nicht polizeilich anmeldeten. Die Angeklagten (Baude und Genossen) bestritten jede Verpflichtung dazu und erzielten auch in zweiter Instanz beim Landgericht Beuthen insofern ihre Freisprechung, als es sich um das Statut und das Mitgliederverzeichnis handelte. Das Landgericht nahm an, daß ein Gewerkschaftskartell überhaupt kein „Verein“ im öffentlichen Sinne sei, wenn ihm, wie hier, nur die Vorstehenden und je zwei Delegierte der Gewerkschaftsvereine angehörten. (In Kattowitz sind 13 Gewerkschaften im Kartell vertreten.) Das Kartell wurde als Zentralorgan der Kattowitzer Gewerkschaften angesehen. — Die Angeklagten wurden jedoch vom Landgericht zu Geldstrafen von je 15 Mark wegen der Nichtanmeldung einer polizeilich aufgelösten Sitzung des Kartells, wozu sich 22 Personen eingefunden hatten, verurteilt. Diese Sitzung sei als Versammlung anzusehen und es sei auch eine öffentliche Angelegenheit, wenn dort über statistische Erhebungen in Bezug auf die Lage der Arbeiter gesprochen werden sollte, denn dadurch würden die öffentlichen Interessen berührt.

Rechtsanwalt Behrend als Substitut des Rechtsanwalts B. Geine legte für die Angeklagten gegen dieses Urteil Revision ein und verlangte ihre gänzliche Freisprechung. Er machte geltend, daß es sich hier weder um eine Versammlung, noch um eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten handele. Die Zusammenkunft sei lediglich eine Sitzung des Kartells gewesen und durch die statistischen Erörterungen wären nur Angelegenheiten des Kartells berührt worden.

Der Strafsenat des Kammergerichts, unter dem Vorsitz des Herrn Lindenberg, gab der Revision statt, hob die Vorurteile auf, soweit eine Verurteilung erfolgt war, auf und bewies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt: Wenn nur Delegierte, und wenn auch 22, zu Zwecken des Kartells zusammengekommen seien, dann könnte man nach Ansicht des Kammergerichts nicht von einer Versammlung, sondern nur von einer Sitzung des Kartells sprechen, die einer Anmeldung überhaupt nicht bedürftig hätte. Es frage jedoch hier noch nicht genau, ob der Zusammenkunft nicht noch andere, dem Kartell nicht angehörende Personen beizutreten hätten oder könnten. Wenn dies der Fall wäre, dann würde allerdings eine Versammlung vorliegen. Das müsse noch nachgeprüft werden. — Auch sei es rechtserkennlich, wenn das Landgericht eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten ohne weiteres in statistischen Erörterungen mit Bezug auf die allgemeine Lage der Arbeiter sah. In solchen Erörterungen wäre eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten nicht dann zu finden, wenn die Tendenz damit verbunden wäre, das Ergebnis der Statistik darauf zu verwenden, daß eine

bestimmte Aenderung, eine Umwälzung der Lage der Arbeiter erzielt werde. Hierüber fehlten ebenfalls nähere Feststellungen. —

## Deutschland.

Berlin, 25. Juni. Der Erlass vom 27. Juni 1898, wonach die Kosten der ärztlichen Untersuchung der in das Beamtenverhältnis zu übernehmenden, bei der Verwaltung bereits beschäftigten Hilfsbeamten auf die Staatskasse zu übernehmen sind, umfasst, wie der Eisenbahnminister zur Begegnung herorgetretener Zweifel entschieden hat, nicht nur die Hilfsbeamten des unteren Dienstes, sondern auch die Hilfsbeamten des mittleren Dienstes.

### Der Kaiser und die Reichstagswahlen.

Unser Münchner Parteiblatt erhält von seinem Berliner Mitarbeiter folgende interessante Mitteilungen:

Als an die zuständigen Stellen die Aufgabe herantrat, den Kaiser vom Ausfall der Hauptwahlen zu unterrichten, befand man sich dort in begreiflicher Verlegenheit. Diese Verlegenheit wurde indessen recht bald beseitigt, als es sich herausstellte, daß der Kaiser über das Ergebnis in Berlin und Umgebung schon völlig informiert war. Er soll dann sofort angeordnet haben, daß ihm nicht teilsweise, sondern in voller Klarheit referiert werde. Er habe sodann die weiteren Mitteilungen mit großem Ernst und unbeweglicher Miene entgegengenommen und nach einer Pause tiefen Nachsinnens erklärt: „Es muß jetzt alles daran gesetzt werden, daß dieser (hier folgte eine kurze Pause) Gesellschaft bei den Stichwahlen der Weg abgeschritten wird. Besorgen Sie das!“

Sofort nach dieser Unterredung erfolgte durch die Hinzubergabe der Stichwahlparole der Regierung an die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sowie die Anknüpfung von Unterhandlungen durch einen Mittelsmann des Reichskanzlers mit verschiedenen Größen der bürgerlichen Parteien, darunter Herr Bachem aus Köln. Bei diesen Unterredungen, die nach Lage der Sache keinen Erfolg haben konnten, sollen für einzelne Persönlichkeiten sehr belangreiche Erklärungen erfolgt sein, deren Inhalt nach dem etwa zufriedenstellenden Ergebnisse der Stichwahlen zu realisieren sein würde.

Die Rückberichterstattung an den Kaiser soll keineswegs volle Befriedigung geschaffen, beim Kaiser vielmehr den Eindruck einer erhöhten Mißstimmung hinterlassen haben.

Mit diesen Meldungen vergleiche man die Gerüchte, die gleich nach der Hauptwahl von der bevorstehenden Ernennung Spahns zum preussischen Justizminister kursierten, sowie die Unterhandlungen Posadowskys mit Bachem und Spahn. Sehr auffällig ist auch, daß die „Münch. Allg. Ztg.“ an eine offizielle Notiz, in der sie die Meldung der „Leipziger Volkszeitung“ und des „Berl. Tagebl.“ über die Leipziger Reise Posadowskys zu dementieren versucht, die Bemerkung knüpft, daß allerdings die Regierung bringen eine Verständigung der Mittelparteien für die Stichwahlen wünsche. An den Wählern ist es, heute, am Tage der Stichwahl, diese Pläne zu zerreißen. Die sozialdemokratische „Gesellschaft“ wird sich den Weg nicht abschneiden lassen. —

— Im Kampf ums Recht. Die dritte Strafkammer des Landgerichts I in Berlin verurteilte am Dienstag den Reichstagsabgeordneten Genossen Stadthagen wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze zu 14 Tagen Gefängnis. Stadthagen hatte in einer am 10. Juni 1902 abgehaltenen Volksversammlung die anwesenden Frauen aufgefordert, unbekümmert um das in der Verordnung vom 11. März 1850 enthaltene Verbot ihr Vereins- und Versammlungsrecht auszuüben, da die Verordnung ungültig sei, weil sie gegen die Verfassung verstoße. Der wegen des

## Fenilleton.

### Kenilworth.

Von Walter Scott.

aus dem Englischen Uebersetzt von E. von Schenckhausen, Magdeburg und Leipzig, bei E. Heberichs, Weber.

(152. Fortsetzung.)

„Ich gehorche, weil es sein muß,“ erwiderte Ramon. Die Gräfin ging langsam nach dem Schloss zurück, wo sie mehrere Stunden blieb, zum Teil mit ihm, zum Teil allein. Sie sagte sich, dass sie eine Schülerin in seinem Gemach, damals ließ sie sich nicht irren, daß es — „Amy, willst Du sagen,“ erwiderte Ramon, „daß das ist falsch, falsch wie die Hölle! Ehrgeizig mag sie sein, ungeduldig, hinterhältig — das sind mögliche Eigenschaften; aber mit ungenau — nein, nimmermehr — Beweise — Beweise!“ rief er häufig aus.

„Carol, der Zimmermeister, führte sie gestern auf ihr eigenes Begehren herein, gestern nachmittags, nachdem er und der Kammermeister fanden sie noch heute früh dort.“

„Was fragst Du bei ihr?“ fragte Leicester in demselben kühnen Ton. „Amy,“ erwiderte Ramon, „nimmt sich Amy, während er sich diese Nacht im Gewächshaus des Earl's Schlosses befindet.“

„Wahrscheinlich Carol oder die andere, wer die Lady war?“ fragte Leicester. „Amy,“ erwiderte Ramon, „Carol und der Kammermeister hatten die Gräfin nie gesehen und Ramon erwiderte sie nicht in ihrer Verkleidung; aber als er sie nachher in seiner Hand, welcher, wie ich glaube, von einer Handlung erwidert werden muß.“

Er übergab den Schlüssel, auf dem der Herr und der Herr, das Wappen des Grafen, mit einem goldenen, ja schon war.

„Ja,“ sagte Leicester, „diese Handlung waren mein Leben und der andre bedachte noch heute den Arm, den er um meinen Hals schlang.“ Er sagte das mit heftiger Bewegung.

„Eine Verleumdung,“ fuhr Ramon fort, „kann ja die Lady selbst um die Wahrheit dieser Ereignisse befragen.“

„Nicht nötig — nicht nötig,“ rief der gemarterte Graf, „es heißt vor mir mit jener Schrift, die meine Augen blendet — ich sehe ihre Schande, nichts anders, und, gültiger Himmel! für des schändlichen Weib wollte ich das Leben so vieler edler Freunde in Gefahr bringen — einen rechtmässigen Namen erheben. Schweiß und Angst des Aufwaches durch ein prächtiges Land tragen, und die gültige Gebieterin fröhnen, die mich zu allem machte, was ich bin, und wäre diese schändliche Hand nicht gewesen, mich zu allem gemacht hätte, was ein Mann werden kann. Alles das machte ich für ein Weib hingehen, die mit meinen eigenen Händen im Gewächshaus lebte und Du, Schatz, warum sprichst Du nicht wahr?“

„Amy,“ sagte Ramon, „eine Dame von Nobility hätte das wieder ertragen, was ich gesagt haben würde. Auch würde ich ein hohes Mägen die Beweise durch Anfang dessen plötzliche Ankunft; er hat mir die dem Sir Gosling und andern abgegangenen Briefen überreicht, welche über ihre Handlung geben, während meine eigenen Nachforschungen für mich für „ausgeschlossen“ sind.“

„Nun, gelobt sei Gott für das Licht, das er so hell, so deutlich gemacht hat, daß ein Mann in England mein Verbrechen durch oder meine Waise angucken kann. Was demnach, Ramon, so jung, so schön, so schönfärbend und so schön! Aber also ist das gegen Dich, meinen treuen, unerschütterlichen Freund, weil Du dich über diesen Vorfall nicht und das Leben eines Menschen in Gefahr bringst.“

„Ich hab' mir nie eine andere Ursache zum Mißtrauen angedacht,“ erwiderte Ramon, „als die, daß sie sagte, daß man ihr einen Schlüssel hat, welcher das Gewächshaus vermittelte und daß ich dort heute noch bin, mein Leben gegen diese Gefahr zu retten.“

„Es ist nur zu augenscheinlich,“ rief Leicester, „und doch mit welcher Seelengröße forderte sie mich auf, meinen Kopf lieber der Gnade der Königin anzuvertrauen, als noch länger den Schleier der Falschheit zu tragen. Der Engel der Wahrheit könnte nicht mit mehr Begeisterung reden. Ist das möglich, Barney? Kann die Falschheit so schön die Sprache der Wahrheit führen? Darf die Schande sich in das Gewand der Unschuld hüllen? Barney, Du warst von Kind auf mir ergeben, ich habe Dich hoch geachtet, ich kann Dich noch weiter bringen. Denke, denke für mich, Dein Verstand war immer klar und durchdringend — kann sie nicht unschuldig sein? Beweise es mir, und alles, was ich bisher für Dich getan habe — ist nichts, gar nichts im Vergleich mit dem, was ich noch tun will.“

Die Seelenangst, mit der Leicester sprach, machte selbst auf den verstorbenen Barney Eindruck, welcher bei seinen ehrgeizigen und gottlosen Plänen seinen Herrn doch liebte, wie sich ein Bortworfener etwas Lieben konnte; allein er tröstete sich und unterdrückte die Beweise seines Gewissens mit dem Gedanken, daß, wenn er dem Grafen jetzt einen tiefen, aber vorübergehenden Schmerz verursachte, er ihm doch dadurch den Weg zum Leben öffnete, welchen, wenn seine Ehe durch den Tod oder auf andre Art getrennt würde, Elisabeth gern mit ihrem Besitztum teilen würde. Er blieb darum bei den Plänen seiner teuflischen List, und nachdem er sich einen Augenblick bedacht, beantwortete er die ängstlichen Fragen des Grafen mit einem schmerzvollen Blick, als hätte er unwillkürlich eine Entschuldigung für die Gräfin gesucht, dann wieder sein Haupt erhaben, sagte er mit einem Ausdruck von Hoffnung, der sich langsam dem Gesicht seines schönen Gönners mitteilte: „Doch wenn sie schuldig wäre, warum sollte sie sich hierher bewegt haben? Warum hätte sie sich nicht lieber zu ihrem Vater oder sonst wem geflüchtet? Aber das können wir nicht zu ihrem Wunsch, als Gräfin von Leicester erwidern zu werden.“

(Fortsetzung folgt.)

Abdruck dieser Aufforderung im „Vorwärts“ mitangeklagte Redakteur Leid wurde freigesprochen.

Unverständlich erscheint uns das hohe Strafmaß. Genosse Stadthagen ist der Meinung, § 8 des preussischen Vereinsgesetzes sei rechtmäßig. Er hat keinen andern Weg, die Sache zur Entscheidung des höchsten deutschen Gerichtshofes, des Reichsgerichtes, zu bringen, als daß er zum Vergehen gegen dieses Gesetz aufforderte und sich wegen angeleglicher Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze anzuklagen zu lassen. Wenn seine Rechtsauffassung nach der Meinung der Strafkammer irrig war, so hätte doch wahrlich eine Geldstrafe genügt. Genosse Stadthagen hat sich im Kampfe für die Arbeiterklasse viele Vorstrafen zugezogen. Hat das Gericht daher eine harte Strafe anwenden wollen, so hätte es eine Geldstrafe bis zu 600 Mark festsetzen können. — Daß Juristen kein Verständnis für solchen Kampf ums Recht haben, ist bezeichnend.

— **Zum Fall Messerschmidt.** Das Oberkriegsgericht der Inspektion für Bildungswesen in Kiel hat auf die Berufung des Gerichtsherrn hin das kriegsgerichtliche Urteil gegen den Matrosen Messerschmidt vom Schulschiff „Stein“ aufgehoben und erkannte wegen tätlicher Angriffs auf einen Vorgesetzten, den Fähnrich v. Abel, der sich später erschoss, auf eine vierjährige Gefängnisstrafe. Das Kriegsgericht hatte lediglich einen hinterlistigen Ueberfall auf eine Zivilperson angenommen und Messerschmidt zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt.

Wie wir bei dem ersten Urteil gegen Messerschmidt nachwiesen, erscheint der Beweis der Wahrheit keineswegs als erbracht. Sollte Messerschmidt unschuldig verurteilt sein, so würde durch die Heraussetzung des Strafmaßes die Sache nur verschimmert worden sein.

— **Das internationale sozialistische Bureau** hält seine nächste Sitzung am 20. Juli, 9 Uhr vormittags, im Brüsseler Volkshaufe ab. —

— **Eine Austrittsbewegung der Gastwirte aus den Kriegervereinen** wird, wie man dem „Verl. Tagebl.“ mitteilt, jetzt eingeleitet. Veranlassung gaben verschiedene Ausschließungen von Gastwirten aus diesen Vereinen, entweder auf Grund von Denunziationen oder wegen angeblicher Förderung der Umsturzbewegung durch Vergabe von Sälen zu sozialdemokratischen Versammlungen und so weiter. Ein charakteristischer Fall aus der Umgebung Berlins wird in einem gastwirtschaftlichen Fachblatte erzählt:

„Ein Gastwirt, langjähriges Kriegervereinsmitglied, wurde aus dem Verein ausgeschlossen, weil er den „Vorwärts“ liebt. Es gelang ihm, nachzuweisen, daß er dies mit Rücksicht auf seine Gäste tun müsse, und die Zurücknahme des Ausschlusses zu erwirken. Als er in Anwesenheit des Landrats und der andern Honoratioren des Kriegervereins feierlich in seine Rechte wieder eingesetzt worden war, erklärte er niemals eine sozialdemokratische, sondern treue patriotische Gesinnung gehegt zu haben. Nach der soeben erlebten Probe von Unbuddsamkeit habe aber die Zugehörigkeit zu einem Kriegerverein für ihn keinen Wert mehr. Der Terrorismus und die Gefinnungslosigkeit in den Reihen der Kameraden veranlassen ihn, nunmehr auf die Mitgliedschaft zu verzichten. Er habe bisher der Sozialdemokratie völlig fern gestanden, der Kriegerverein und dessen Verhalten seien schuld, daß er nach den Erfahrungen, die er gemacht, der sozialdemokratischen Partei beitrete.“

Der charakteristische Fall beweist, mit welchen Mitteln schändlichsten Terrorismus die politischen Kriegervereine Erpressungen vernichten. Daß auf diese Weise der Sozialdemokratie neue Mitglieder zugeführt werden, beweist schlagend obiger Fall. —

— **Günstige Wahlausichten in Siegnitz-Goldberg-Sagtau.** Von der Befolgung der von der Parteileitung ausgegebenen Stichwahlparole, unter allen Umständen gegen die Sozialdemokraten zu stimmen, schließen sich die Konservativen in dem schlesischen Wahlkreise Siegnitz-Goldberg-Sagtau aus. Dort hat die Freisinnige Volkspartei das Mandat des Justizrats Pohl gegen die Sozialdemokraten zu verteidigen. Der geschäftsführende Ausschuss des konservativen Vereins in diesem Kreise veröffentlicht eine Erklärung, wonach sich die konservative Parteileitung leider nicht in der Lage sieht, ihren Parteifreunden das Eintreten für Justizrat Pohl in der Stichwahl zu empfehlen. Als Grund wird zunächst das Verhalten des dortigen Freisinnigen angegeben, der eine Unterbützung der Konservativen als selbstverständlich betrachte, aber zu einer Gegenleistung nicht bereit sei, und dessen politische Stellung sich bis zur Verhinderung mit den Sozialdemokraten verschoben habe; im Widerspruch mit der Auffassung der Leitung der Gesamtpartei steht aber die weitere Erklärung der örtlichen Parteileitung, „daß es politisch unrichtig wäre, eine nach dem bisherigen Ergebnis der Reichstagswahlen vom 16. Juni d. J. bereits in der Auflösung begriffene Parteibildung künstlich lebensfähig zu erhalten.“ —

## Ungarn.

### Die Zurückziehung der Militärvorlage.

Der k. u. k. Hofkriegsrat hat erklärt gegenüber den Führern der Reformpartei, daß er die erhöhten Rekrutenumlagen fallen lassen und nur das gewöhnliche Rekrutenkontingent verlangen werde. Die Mission des k. u. k. Hofkriegsrates ist somit gelungen. —

— **Kleine politische Nachrichten.** In Barcelona ist die Zahl der Ausständigen auf mehrere Tausend gestiegen; ein allgemeiner Streik der Straßenbahnen steht bevor. — Der russische Anarchist Grahaf wurde mit seiner Gemahlin in Chonoules-Bains am Genfer See verhaftet. —

## • Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 25. Juni 1903.

— Mehrere **Sirich-Dundersche** verteilten heute früh vor den Fabriken Zettel, worin für die Wahl Pfannkuch eingetreten wurde. — Bravo! —

— **Zu einer glänzenden Generalabrechnung mit den Verleumdern** gestalteten sich die zu gestern abend einberufenen fünf Volksversammlungen. Die Referenten Fischer und Pfannkuch-Berlin, sowie die Genossen Landberg, Brandes, Ritsch, Haupt und Albert gingen mit den in den letzten Tagen gegen uns veruchten Verleumdungen unbarmherzig scharf ins Gericht und nahmen Gelegenheit, das ganze Treiben der Gegner zum letzten Male gehörig zu brandmarken. Die Empörung über die hundsgemeine Kampfesweise gewisser Gesellen und Streiber war ungeheuer! Die Kampfstimmung der Genossen und die Lust an Mitarbeiten bei der heutigen Wahl konnte dadurch natürlich nur gewinnen. Die Polizei hatte in der richtigen Voraussicht, daß es auch sehr gut ohne sie gehe, in einige Sälen keine Ueberwachung geschickt, welche Maßnahme sich vortrefflich bewährte.

In mehreren Versammlungen nahm noch einmal der Genosse Pfannkuch, überall lebhaft begrüßt, das Wort, um mit dem Herrn Stern und einigen hiesigen Streibern gründlich abzurechnen. Die Versammlung in der Alten Neustadt wurde nebenbei ein Strafgericht für den famosen Herrn Fellgiebel (siehe an anderer Stelle).

Überall verliefen die Versammlungen äußerst begeistert — ein gutes Vorzeichen für die heutige Entscheidung! Setzt auf zur letzten Tat!

Glück auf!

— **An den Schandpfehl!** Nicht genug mit der ersten, leistet sich die „Magdeb. Ztg.“ heute, kurz vor der Wahl, noch eine weitere Anpöbelung unres Genossen B e b e l. Das Blatt schreibt:

Die „Genossen“ haben, um darauf noch mit einem Wort zurückzukommen, vor der endgültigen Entscheidung ihr bestes Pferd aus dem Stalle gezogen und August Bebel zu Hilfe gerufen. Wie uns das freut; wir werden wohl kaum zu sagen brauchen, warum. Unsere Leser kennen Bebels Rede. Der Zaumel, welcher die ganze Sozialdemokratie seit dem 16. Juni ergrieffen hat, ist auch nicht ohne Einwirkung auf den führenden Genossen gewesen, und wenn wüßtes Geschimpfe auf den Gegner allein den Sieg bewirken könnte, so hätte Herr Bebel allerdings recht viel Anlaß, sich seines Erfolges zu rühmen. Wir haben den leidenschaftlichen Mann in seiner langen öffentlichen Wirksamkeit und in seinem Kampfe gegen Staat und Gesellschaft immer aufmerksam beobachtet und wissen recht gut, was wir von ihm zu erwarten haben. Er ist einer der größten Wirrköpfe und dabei von feuriger Beredsamkeit, die ja auf unselbständige Zuhörer immer und überall Eindruck macht. Eine klingende Schelle! Was dieser Phantast hier zusammengebrochen hat — wir finden keine zutreffendere Bezeichnung —, geht doch aber noch bei weitem über das bei ihm gewohnte Maß hinaus. Das Magdeburger Bürgertum kann auf diese Verleumdungen nur eine Antwort finden, und die ist, daß das rote Banner heruntergerissen und die schwarz-weiß-rote Fahne aufgepflanzt wird; auf diese Weise kann man Herrn Bebel allein dafür die Duntung geben, daß er das Bürgertum ein feiges, elendes Geindel genannt hat.

Selbst im Beschimpfen ist das Blatt nicht einmal ehrlich. Es ist nämlich erfunden und erlogen, daß Bebel „das Bürgertum“ ein feiges, elendes Geindel genannt hat. Bebel nannte so nur die unter unsren Gegnern, die nicht den Mut haben, offen ihre Meinung zu sagen und die nur der Karriere willen und um Geld zu verdienen, Gefinnung heucheln und sich emporkaufen lassen. Es ist einer der vielen Gemeinheiten der „Magdeb. Ztg.“, Bebel derartiges zu unterstellen! Genossen, gebt darauf heute die Antwort, die da heißt:

Wilhelm Pfannkuch!

— **Einen offenen Brief an Herrn August Bebel** veröffentlicht der in letzter Zeit auffallend reklamejüchtige Herr Fellgiebel als Vorsitzender der Sirich-Dunderscher. Anlaß dazu gibt ihm die Bemerkung Bebels, wonach die Arbeiter, die am 16. Juni Herrn Arendt gewählt haben, zu den Schwächen im Geiste zählten. Herr F. droht, heute würden noch mehr Arbeiterverräter entstehen aus den Reihen „seiner“ Mitglieder. Er schreibt alsdann, um zu beantworten, weshalb dem so werde, folgendes:

„Weil die Sozialdemokratie Verleumdung über Verleumdung über uns ausschüttet! (So denn? Red. d. B.)“

„Weil die Sozialdemokratie uns außerhalb der Wahlzeit als gleichberechtigte Organisation nicht anerkennt!“

„Weil die Sozialdemokratie unsere Forderung nach Einführung des proportionalen Wahlrechts zu den Gewerbegerichtsämtern mit Spott und Hohn zurückweist. (???)“

„Weil die Sozialdemokratie uns nur als Stimmvieh (?) benutzen will, wogu sich die Gewerksvereiner, die Elite der deutschen Arbeiterklasse (!!), nicht hergeben will.“

Also auch dieser Wahlmacher Arendts kann nicht bei der Wahrheit bleiben. Der Umgang mit gewissen Juristen hat auch auf ihn wahrheitsfeindlich gewirkt. Wie will er zum Beispiel beweisen, daß die Sozialdemokratie gegen das Proportionalwahlrecht ist???

Wie will er z. B. die dumme Behauptung beweisen, daß Pfannkuch unter der „Parteikante des Herrn Singer“ steht???

Es genügt, diese Art der Täuschung der öffentlichen Meinung hiernüt öffentlich zu brandmarken! Nach der Wahl Fortsetzung!

— **Wie man die Sirich-Dunderschen Arbeiter zu betölpeln sucht**, dafür hat der hiesige Vorsitzende der H.-D., ein Herr Fellgiebel, Wahlmacher für Arendt und Komp. ein treffendes Beispiel gegeben. In der Versammlung der „Ordnungs“-helben stellte er sich hin und suchte den Anschein zu erwecken, als ob er bei der Aufforderung, für Arendt zu stimmen, im Namen der Mitglieder spräche. Das Gegenteil aber ist der Fall. Wie uns nämlich von Mitgliedern des Gewerksvereins (H.-D.) mitgeteilt wird und wie bereits gestern abend in der Alten Neustadt öffentlich bekannt gemacht ist, ist ein großer Teil der (H.-D.) mit der Parole des „unpolitischen“ Herrn Fellgiebel absolut nicht einverstanden. Uns wird versichert, daß Herr Fella-

giebel keinerlei Auftrag hatte, jene Erklärung abzugeben!

Die ehrlichen H.-D. werden hoffentlich dieses eigenmächtige Bevormunden damit beantworten, daß sie trotz des verdächtigen Eifers ihres Führers heute geschlossen für Pfannkuch stimmen! —

— **„Kriegsmäßig.“** Uns liegt folgendes Zettelchen auf den Redaktionstisch:

Verein ehemaliger 27er in Magdeburg. Parole für den 25. Juni 1903.

Am Tage der Stichwahl große **kriegsmäßige Feldübungsübung.** Alle Mann antreten mit Stimmzettel. Niemand darf fehlen!

Losung: Mit Gott für König und Vaterland!  
Feldgeschrei: Urwend!

Der Vorsitzende, E. Heinicke.  
Nach siegreichem Gefecht 5 Jahre Urlaub.  
Hurra! Hurra! Hurra! —

— **In der Klemme.** Die „Magdeb. Zeitung“ versucht heute — dreister wie je! — ihre Aufhebung zur blutigen Revolution abzulugnen! Für wie einfältig muß das Blatt doch seine Leser halten, die es mit solchen Mitteln aufzuheben versucht! Wir können uns in der Tat keine erbärmlichere Kampfesweise denken, als die, welche die „Magdeb. Ztg.“ des Herrn Arendt zur Anwendung bringt und darauf gibt es auch für ehrliebende Arbeiter nur die eine Antwort, ihre Stimme für den Genossen Pfannkuch abzugeben! —

— **Niedriger hängen!** Um Wähler für Herrn Arendt zu gewinnen, verleumdet die „Magdeb. Ztg.“ heute folgendermaßen:

„Abg. Singer trägt kein Bedenken, Essig-Bohrlingen, das einstufige deutsche Land, welches wir erst infolge eines uns frivola aufgedrungenen Krieges durch siegreiche Waffen von den Franzosen zurückgewonnen, wieder an Frankreich auszuliefern!“

Habt Mitleid mit dieser vor Mut verrückt gewordenen!

— **Wie man sich selbst ohrfeigt.** Die „Magdeb. Ztg.“ schreibt heute: „Im Leben nennt man eine Handlungsweise, durch welche man den Mitmenschen etwas vorgekauft, ohne die Verpflichtungen erfüllen zu können, **Heuchelei und Betrug.**“

Sehr richtig! Gewisse Wahlmacher des Herrn Arendt werden nunmehr Strafanklage wegen Verleumdung gegen die „Magdeb. Ztg.“ stellen müssen. —

— **Vor Reid plagen** wird bald die „Magdeb. Ztg.“ Heute liegt sie ihren Lesern in ihrem blinden Hass gegen uns vor, wir hätten in Preußen 500 000, im übrigen Deutschland 100 000 Stimmen bei der Wahl am 16. Juni erhalten! Man verschweigt aus blassem Reid, daß wir weit über 3 Millionen haben und obige Ziffern nur die Zunahme gegen 1898 bedeuten! —

— **Der Fernsprechkreis** wird heute, Donnerstag, infolge der Stichwahlen zum Reichstage über die Zeit von 9 Uhr abends bis morgens 7 Uhr ausgedehnt. Während dieser Zeit wird für jedes Gespräch eine Gebühr von 20 Pf. erhoben. Eine Erhöhung der Gebühren für Gespräche von auswärts tritt nicht ein. —

— **Ueberfahren.** Der Knabe Paul Eigenwillig, Halberstädterstraße 64 wohnhaft, ist am Dienstag nachmittag in der Halberstädterstraße von einem Radfahrer überfahren worden. Er erlitt hierbei einen Bruch des linken Unterschenkels und mußte nach der Sudenburger Krankenanstalt gebracht werden. —

— **Erschossen** hat sich gestern nachmittag kurz nach 5 Uhr in der Lübbichstraße vor dem Restaurant Bruns der 27jährige Barbiergehilfe Alois Georg Stogge aus Worbis. Er brachte sich mit einem Revolver größeren Kalibers zwei Schüsse in den Mund bei, die ihn sofort niederstreckten. Das Motiv zu der Tat dürfte darin zu suchen sein, daß seine Verlobung mit einem hiesigen jungen Mädchen von diesem aufgehoben worden war, was er sich sehr zu Herzen genommen hatte. —

## Provinz und Umgegend.

**Berbst, 24. Juni.** („Geheime“ Wahl.) Trotz Ruvertwahl und Nollterraum sind die Arbeiter auf den Gütern dennoch nicht in der Lage gewesen, nach ihrer eigenen Ueberzeugung zu wählen, ohne befürchten zu müssen, die Arbeit zu verlieren. Auf dem Rittergut Bades waren die Arbeiter alle beim Mühlengarten beschäftigt und hatten ihre Stimmzettel zu Hause gelassen, weil sie der Meinung waren, daß sie nicht vom Ader, sondern von der Wahnung aus nach der Wahl gehen würden und zwar deshalb, um sich wenigstens etwas zu verdienen. Der Herr Amtmann dachte aber anders. Er ließ ganz einfach einen Wagen beim Mühlengarten vorbeifahren, die Wähler mußten aufsteigen und zwar barfuß und in Hemdsärmeln. Der Herr Amtmann gab einem jeden einen Häftschen Stimmzettel. Am Wahllokale angekommen, wollte unter Genossenschaft die Leute Stimmzettel verteilen, aber der Herr Amtmann verhinderte es und die Arbeiter waren gezwungen, gegen ihre Ueberzeugung den Kandidaten zu wählen, den der Herr Amtmann gewollt hat. —

— **Kleine Nachrichten aus dem Lande.** Die Frau des Einwohners Braun in Löderburg hatte sich vor kurzem eine geringe Verletzung des Daumens an einer Dösel zugezogen und ein Heftpflaster aufgelegt. Nach einigen Tagen schwellte die Hand jedoch hart an. Der herbeigerufene Arzt holte durch einen Einschnitt in den Daumen eine zirka 1 Zentimeter lange Döselnadel aus dieser heraus. Durch die Entfernung des Fremdkörpers glaubte man jede weitere Gefahr beseitigt zu haben. Jedoch verschlimmerte sich der Zustand der Verletzten derart, daß sie in das Krankenhaus gebracht werden mußte, in dem verschiedene operative Eingriffe an dem hart geschwellenen Arm vorgenommen wurden. Die Lebensgefahr, in der die Frau geschwebt, war sehr groß. — Vor-gestern früh zwischen 8 und 1 Uhr brannte auf der Majdendolonie in dem Gehöft des Landwirts und Schafzuchtlers Fr. Krull in Reuhaldensleben eine Scheune, sowie bei dem benachbarten Dekonomen Schulze ein Stall nieder. — Dienstag brannte im Dorf bei Stendal die Scheune des Schneidemeisters Frick Stoffweber an der Groß-Schwedener Chaussee nieder. —

## Gerichts-Zeitung.

Sandgericht Magdeburg.

Sitzung vom 24. Juni 1903.

Das Schöffengericht zu Allen beurteilte am 22. April d. J. wegen Hausfriedensbruchs und Körperverletzung 1. den Arbeiter Heinrich Kothe jun. daselbst zu 6 Wochen, 2. den Arbeiter Heinrich Kothe jun. zu 6 Monaten 10 Tagen Gefängnis. Die Parolen lauteten: **„Halt!“** —

**Kleine Chronik.**

Der Selbstmord des Pastors Granzin in Berlin von der Magarethengemeinde erregt weit über den Wirkungskreis dieses "Seelforger" hinaus großes Aufsehen. Seit Montag früh war der Mann unter Zurücklassung seiner fünf noch unmündigen Kinder verschwunden; gestern früh fand man seine Leiche mit durchschossenem Kopfe im Treptower Park auf. ...

**Bereins-Kalender.**

Verband der Sattler u. verw. Berufsgen. Sonnabend, den 27. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Versammlung in der „Burghalle“. ...

**Briefkasten.**

W., Staffurt. Wenn's nicht gar zu lang wird, senden Sie ruhig ein. Gruß!

**Letzte Parteiquittung vor der Beendigung der Stichwahl.**

# Von C. R. 1.50. — Omnibusfahrt Mödern 3,70. — Von aufgeführten Frauen und Mädchen Magdeburgs 10,00. ...

treffs des Hausfriedensbruchs auf Freisprechung, wegen Körperverletzung gegen ...

Freisprechung. Der Kaufmann Franz Kolbe jun. hier betreibt, ohne approbiert zu sein, in seinem Institut in der ...

Freisprechung. Der Kaufmann Ernst Haase, der Bureauvorsteher Karl Siemholz, der Uhrmacher Ernst ...

Sticheleien. Am 17. Februar 1903 wurde im „Schützenhaus“ zu Gommern der ...

Erpressung. Der vielfach vorbestrafte Arbeiter Max Rose hier, geboren 1875, wurde wegen versuchter Erpressung, ...

**Gewerbegericht Magdeburg.**

Sitzung vom 24. Juni 1903.

Vorsitzender: Stadtrat Lübbeckens. Beisitzer: Buchdruckermeister ...

Parteien einigen sich dahin, daß Beklagte an die Klägerin noch 12 Mark zahlt.

Der Schneider Gawermann klagt gegen die Firma Sommerfeld auf Zahlung einer Entschädigung von 60 Mark.

Der Kutcher Hausbrand klagt gegen den Kaufmann Kuttowski auf Zahlung eines Wochenlohnes wegen plötzlicher Entlassung.

Der Arbeiter Lange klagt gegen die Firma Schuppe auf Zahlung von 14 Tagen Lohn im Betrage von 36 Mark.

Der Zimmermann Bernsdorf klagt gegen die Kaufirma Dümmel u. Rathhaus auf Zahlung eines Restlohnes von 99 Mark.

Die Arbeiterin Marx, vertreten durch ihren Vater, klagt gegen die Firma Reimann auf Zahlung eines Restlohnes von 16 Mark.

Die Näherin Kaminäsi klagt gegen die Näherin Diktul auf Zahlung eines Restlohnes von 6,50 Mark.

Der Werkmeister Dennermann klagt gegen die Armaturenfabrik von C. L. Sirube auf Zahlung von zwei Monaten Gehalt im Betrage von 350 Mark.

Der Zimmerer Pajenan klagt gegen die Kaufirma Dümmel u. Rathhaus auf Zahlung eines Restlohnes von 25,20 Mark.

Die Schneiderin Rosemann klagt gegen die Schneiderin Diktul auf Zahlung eines Restlohnes von 18 Mark.

**Henkels Bleich-Soda**



Extra-Mischung im Geschmack, Aroma und Ergiebigkeit unübertroffen ...

**Kohlen-Einkaufs-Vereinigung.** Bis auf weiteres liefern wir aus vorliegendem Rahn noch amtlichem Gewicht die vorzüglichen ...

**Konsumverein Aschersleben u. Umgegend.** Die Eröffnung unseres Verkaufsgeschäfts beginnt ...

**Luisen-Park.** Bei dem am Sonntag den 27. Juni stattfindenden Gartenkonzert wird die beliebte ...

**Die Verwaltung.** Meier, Arbeiter Wilhelm Schuster; Witwe Eide, Marie Luise Verta mit Marie Rämpf ...

**Radfahrer am besten und billigsten.** nur im Spezial-Geschäft, weil dort die weitgehendsten Garantien ...

**Am Stern, die letzte und kleinste Letzte Woche! Sonntag den 28., letzter Tag Haase's konzentrische Stufenbahn**

**Aufgebote.** Arb. Ernst Heim. Neumann hier mit Hedwig Agnes ...

**Titania-Pneumatik.** wird unter Garantie als Prima-Beifen in Bezug auf Haltbarkeit nicht ...

**Schliestedt's Konditorei.** empfiehlt täglich frisches ...

**Spangens-Schuhe Knopf-Schuhe Schnür-Schuhe.** für Damen und Kinder in ...

**W. Coors.** für Damen und Kinder in ...

**A. ROSE Magdeburg.** Parade-, Panier- und Dierkop-Fahrräder. Pfad- und Original-Viktoria-Räder ...

**Geld! Leih-Haus.** Adolph Michaelis. Appellstraße 16, I.

**Viktoria-Theater.** Sonntag den 26. Juni. Madame Sans-Gene.

**Stadtsamt.** Magdeburg, 23. Juni. Aufgebote: ...

**Stadtsamt.** Aufgebote: ...